Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 9

Artikel: Zusammenarbeit oder Selbstzerstörung?
Autor: Kull, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338707

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Walter Kull

Zusammenarbeit oder Selbstzerstörung?

In einer starken und lebendigen Partei kann und darf nicht immer Ruhe herrschen. Diskussion muss sein, Auseinandersetzungen sind gesund, und sogar gelegentliche «Gewitterstürme» üben eine heilsame Wirkung gegen Denkfaulheit und bequeme Selbstzufriedenheit aus. Das Bild innerer Zerrissenheit, wie es uns heute auf weiten Strecken begegnet, zwingt die verantwortungsbewussten Sozialdemokraten aber, offen zu fragen: Sind wir im Begriff, vom konstruktiven Kräftemessen zum Ausheben tiefer Gräben überzugehen?

Scheinbar verlaufen die erstarrten Fronten zwischen «links und rechts» oder «jung und alt». Diese vereinfachte Standortbestimmung mag wohl den Ausgangspunkt mancher Kämpfe gebildet haben, genügt aber heute nicht mehr, die brennenden Probleme der Parteibasis genauer zu erkennen. Die entscheidenden Kriterien haben sich von unterschiedlichen Interpretationen des demokratischen Sozialismus über eine teilweise wirklichkeitsfremde, von schematischem Denken bestimmte Einschätzung des politischen Terrains unseres Landes immer deutlicher auf die Methoden und den Stil der aktuellen Parteiarbeit verschoben. Dazu gehört auch die Art und Weise, wie vielerorts Meinungsverschiedenheiten ausgetragen und «gelöst» werden.

Zwischen Diskussion und Aktion . . .

Unsere Bewegung leidet heute an einem ungleich entwickelten inneren Demokratieverständnis, wechselhaften und oft willkürlich praktizierten Verhältnis von Toleranz und Disziplin und dem zunehmenden Mangel an gegenseitigem Verständnis und Vertrauen. Auch Mehrheitsbeschlüsse dürfen keinen Grund bieten, sachlich begründete gegenteilige Auffassungen in Bausch und Bogen zu verdammen, Detailfragen zu Kardinalproblemen hochzuspielen und eine Art «Meinungsobligatorium» anzustreben. Ein Monopol, die sozialdemokratische Politik allein richtig zu interpretieren, steht niemandem zu.

Selbstverständlich hat sich unsere Partei von einem Debattierklub vor allem durch ihre Aktionsfähigkeit zu unterscheiden, indem sie festgestellte ungesunde Verhältnisse nicht nur bespricht, sondern sie effektiv zu verändern sucht. Darum muss die erwünschte maximale Freiheit der Diskussion durch die minimal notwendige Geschlossenheit beim Handeln ergänzt werden.

Damit die einmal proklamierten Parolen von den eigenen Mitgliedern und der Bevölkerung ernst genommen werden, sind vermehrte qualitative Anforderungen zu erfüllen. Die Meinungsbildung soll nicht nur formell, sondern wirklich auf dem Austausch sachlicher Argumente erfolgen und

auf einem echten Dialog beruhen. Delegierte, die sich mit vorfabrizierten Meinungen anderer Leute oder Gremien begnügen und faktisch mit «gebundenem Mandat» abstimmen, untergraben jede funktionsfähige Parteidemokratie. Wer abweichende Meinungen schlecht erträgt und sie ungern persönlich prüft, ist wohl in einer «alleinseligmachenden» Sekte besser aufgehoben. Eine breit fundierte Volkspartei, die im politischen Leben ernsthaft mitreden und mitbestimmen will, ist nicht mit einer sterilen, orthodoxen Kadergruppe zu verwechseln.

Die Mitglieder zum eigenen, selbständigen Denken anzuregen, die Tatsachen objektiv zu sehen und aus Erfahrungen zu lernen, soll vermehrt Aufgabe der internen Bildungsarbeit werden. Dies übrigens im Sinne von Karl Marx, dessen Lebenswerk noch ausgeprägter als Denkmethode und Ansporn zum Handeln zu würdigen ist, anstatt es allzusehr auf ökonomische Prophezeiungen zu beschränken. Eine Grundlage kritischer Meinungsbildung ist erfüllt, wenn Redner, die sich auf einfache Schwarz-Weiss-Darstellungen einlassen und sachlichen Einwänden nur mit emotional gefärbten Tiraden begegnen, mehr als bis anhin in die Schranken gewiesen werden.

Statt Befehlszentralen und Befehlsempfängern: Arbeitsteilung!

Differenzen zwischen Parteiinstanzen und Behördenfraktionen haben in letzter Zeit das Klima der Zusammenarbeit fühlbar belastet. Sachgeschäfte, die in den Räten auch von SP-Seite unterstützt wurden, fanden an Parteiversammlungen keine Gnade. Und wenn Volksabstimmungen anders entschieden als die Parlamente, soll niemand über diese Besonderheit unserer Referendumsdemokratie unglücklich sein – das letzte Wort steht unbestritten dem Volk zu! Viel schwieriger ist es jedoch, die Ergebnisse richtig zu interpretieren. Eine Vorlage kann aus den verschiedensten – auch völlig gegensätzlichen und widersprüchlichen – Gründen abgelehnt werden. Was dem einen zuviel ist, gilt dem andern zuwenig. Aus einer solchen negativen Mehrheit – zum Beispiel aus «besorgten Steuerzahlern» und Anhängern des «Nulltarifs» – lässt sich keine konstruktive Alternative ableiten. Bei stark technisch begründeten Vorlagen wirkt sich zudem ein Informations-Notstand aus, wenn es nicht gelingt, den Stimmberechtigten alle Zusammenhänge und Konsequenzen verständlich genug darzustellen. Nur wenige Leute nehmen sich heute noch Zeit, stundenlang Pläne und Detailerläuterungen zu studieren.

Diesem Zwiespalt der Realitäten sind unsere Vertrauensleute in den Behörden immer mehr ausgesetzt. Sie werden in den Spezialkommissionen mit einem Sachverhalt konfrontiert, der dem aussenstehenden Beobachter weitgehend verborgen bleibt. In vorwiegend emotional gefärbten Auseinandersetzungen ist mit reinem Fachwissen kaum durchzukommen. Und weil Unangenehmes nie populär sein kann, fragt sich mancher, ob er sich einmal mehr verhasst machen will. So wäre ablehnen meist einfacher, aber

auf weite Sicht gefährlich, wenn sich später erweist, dass ein vernünftiger Kompromiss unserer Sache besser gedient hätte. Immer mit den Wölfen zu heulen, kann sehr riskant sein und Zweifel an der Führungsqualität begründen.

Versuche, die Abgeordneten in den Räten zu blossen Befehlsempfängern von Parteiorganen abzuwerten, führten bei unserer deutschen Bruderpartei zu einem tiefgreifenden Konflikt. So schrieb die sozialdemokratische Wochenzeitung «Vorwärts»:

> «Wenn sich Sozialdemokraten, wie in München und Frankfurt, ohne Rücksicht auf das Publikum genüsslich ihrem Hauskrach widmen, so muss das die Stellung der Partei schwächen. Wenn sich in der Öffentlichkeit erst der Eindruck festsetzt, bei der SPD regierten und bestimmten mehr oder weniger zufällige Mehrheiten auf Orts- oder Unterbezirksparteitagen und nicht mehr die aus Bürgerwahlen hervorgegangenen Abgeordneten, Stadträte oder Bürgermeister, dann wird der Schaden kaum noch zu reparieren sein.»

Damit wird auf das «imperative Mandat» angespielt, das die Ratsfraktionen an die kurze Leine binden soll, natürlich zum Vergnügen des Hauptgegners, der aus einer solchen Schwächung Kapital schlagen möchte. Es gibt zu denken, dass sich schon bei den im Ganzen so erfolgreichen Novemberwahlen 1972 ausgerechnet in den Hochburgen mit zerstrittener SPD Einbussen ergeben haben, wobei gerade hier auch die mangelhafte Abgrenzung gegenüber gewissen Gewaltakten und radikalistischem Bürgerschreck nicht ohne Folgen blieb.

Kompetenzen abgrenzen und sichern

Das Verhältnis zwischen der Partei und ihren Vertrauensleuten in den Behörden lässt sich heute noch vernünftig regeln, wenn extreme Standpunkte ausgeschaltet werden, wie etwa:

Die Fraktionen sind ausführende Organe der Partei und haben einfach ihre Beschlüsse auszuführen. (Folge: Mangel an Initiative und persönlichem Engagement, Beschränkung auf Statistenrollen in den vorberatenden Kommissionen.)

Oder: Ratsmitglieder berufen sich nur auf ihr Mandat, beteiligen sich nicht aktiv am Parteileben und finden es überflüssig, immer wieder Red und Antwort zu stehen. (Folge: Entfremdung zwischen der Partei und ihren Repräsentanten, Politik im luftleeren Raum.)

Mit gutem Willen lässt sich ein dritter Weg finden! Das schweizerische, kantonale und kommunale Arbeitsprogramm wird zum voraus von der Partei gestaltet und formuliert. Kandidaten, die sich darauf verpflichten, vertreten die Partei in den Behörden. Über das konkrete Vorgehen in den Räten entscheiden die Fraktionen selbständig. Bei strittigen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung wird mit den zuständigen Parteistellen Fühlung aufgenommen. An die Fraktionen und Mitglieder der Legislative

und Exekutive können Empfehlungen, aber keine Direktiven ausgegeben werden. Kurz: man diskutiert und beschliesst, verzichtet aber auf Ultimaten und Drohungen, respektiert die Kompetenzen und Arbeitsteilung. Mit Marionetten lässt sich keine Politik machen!

Für eine progressive Mitte!

Linker und rechter Flügel in Ehren – aber die Partei muss durch eine starke Mitte zusammengehalten werden. Je stärker diese verbindende Kraft ist, desto erträglicher werden die Bewegungen in den äussersten Positionen. Diese lebensnotwendige Mitte ist heute jedoch zu schwach, um sich genügend durchzusetzen. Sie leidet an Resignation. Es gilt als bequem, vielleicht sogar ein wenig feige, sich nicht fest für die eine oder andere Richtung zu engagieren. Heute gebietet die Zukunftshoffnung der Sozialdemokratie, diese Mitte zu aktivieren und zu stärken. Ihre politische Linie kann nicht einfach als arithmetisches Mittel zwischen zwei extremen Standpunkten gezogen werden. Es muss eine selbständig entwickelte progressive Kraft sein, die alle aufbauenden Elemente vereinigt: die Besonnenheit und das kluge Vorgehen der Erfahrenen ebenso wie die zielbewusste Stosskraft der Jungen, die morgen mehr als nur das heute Mögliche erreichen wollen.

Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus bildet die gemeinsame Grundlage – eine neue Gesellschaftsordnung ohne jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung – als einzige Alternative gegenüber der Vorherrschaft der besitzenden Klasse mit ihrer kapitalistischen Profitwirtschaft und der polizeistaatlich reglementierten «Volksdemokratie» auf Kosten der individuellen Freiheitsrechte. Unser Weg führt über ständige, konstruktive Reformen.

Auf dieser Basis kann unsere Partei eine Politik der nach links und rechts offenen Türe verfolgen. Die Konzeption einer wirklichen Volkspartei setzt voraus, dass ihre Sprache von allen verstanden wird. Es ist nützlicher, sich vermehrt um den werktätigen Arbeiter und seine natürlichen Verbündeten, die Angehörigen der technischen, kaufmännischen und intellektuellen Berufe zu bemühen, anstatt im unfruchtbaren Niemandsland rund um die pseudorevolutionären Splittergruppen nach Erklärungen der destruktiven «Konfliktstrategie» und Gewaltanwendung zu suchen. Wenn es unseren Genossen in Deutschland und Österreich gelungen ist, ins breite Wählerreservoir der Mittelschichten einzudringen und das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Sozialdemokratie zu verschieben, sollten wir diese langfristige Aufgabe nicht weiter vernachlässigen.

Es ist höchste Zeit, dass wir den internen Zwistigkeiten durch einen tragfähigen «Vergleich» den Rücken kehren und sich das verjüngte Gesicht unserer Partei wieder ganz der Aussenwelt zuwenden kann. *Nur die Herausforderung, endlich zur Offensive überzugehen, eröffnet neue und bessere Perspektiven!*